



Stipendien-Aufenthalt im Senegal

vom 21. Oktober bis 6. Dezember 2014

Ressourcenpolitik im Senegal

Von Peter Dörrie

Senegal, vom 21. Oktober bis 6. Dezember 2014



Inhalt

| | |
|--|-----|
| 1. Zur Person | 170 |
| 2. Der Senegal, ein Ressourcenland? | 171 |
| 3. Ein paar Worte zum Inhalt | 173 |
| 4. Der Senegal, eine Geschichte | 173 |
| 5. Ein schuppiger Schatz | 175 |
| 5.1 Die letzte Piroge | 177 |
| 5.2 Der Direktor | 180 |
| 6. Der falsche Goldtausch | 183 |
| 6.1 Giftiger Dünger | 183 |
| 6.2 C'est rien | 186 |
| 6.3 Das Loch von Sabodala | 189 |
| 6.4 Ein Baggersee voller Möglichkeiten | 192 |
| 7. Der schwere Weg zum Traktor | 194 |
| 7.1 Ibrahima Hathie | 195 |
| 8. Es fehlt die Vision | 200 |

1. Zur Person

Geboren 1985 in Rheda-Wiedenbrück, habe ich den größten Teil meiner Kindheit und Jugend in Herzebrock-Clarholz und Harsewinkel verbracht. Nach dem Abitur ging es für mich zuerst zum Zivildienst auf die Nordseeinsel Spiekeroog, als Mitarbeiter im Nationalpark niedersächsisches Wattenmeer und dann zum Studium nach Oberfranken ins beschauliche Bayreuth. „Geografische Entwicklungsforschung Afrikas“ stand dort auf dem Programm. Für die Wahl dieses Studienganges gab es keinen wirklich guten Grund, den Kontinent kannte ich damals erst von zwei kurzen Aufenthalten. Bereut habe ich die Entscheidung aber nie, denn die komplexen und oft missverstandenen politischen Prozesse Afrikas haben seitdem nicht aufgehört mich zu faszinieren.

Nach dem Abschluss des Bachelors im Jahr 2009 zog es mich nach Bonn. Durch Praktika in der Pressestelle einer großen internationalen Hilfsorganisation und bei einem freien Journalisten konnte ich erste Einblicke in die Welt der Medien erhalten. Als wichtiger für meinen Einstieg in die Berufswelt empfand ich allerdings die Fortsetzung meines Studiums. 2010 verlegte ich darum meinen Wohnsitz nach England in das nicht ganz so beschauliche Bradford. An der dortigen Universität studierte ich am Institut für Friedensforschung „International Politics and Security Studies“ mit einer Spezialisierung auf Afrika.

Ein gutes Jahr später, mit meinem Master in der Tasche, ging es dann nach vielen kürzeren Aufenthalten endlich einmal für längere Zeit auf den afrikanischen Kontinent. Meine Freundin trat in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, eine Stelle als Mitarbeiterin der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an. Für mich die ideale Gelegenheit, mich vor Ort als freier Journalist zu versuchen.

Kaum in Ouagadougou angekommen, brach im Nachbarland Mali ein Bürgerkrieg aus. Für praktisch alle Betroffenen eine Katastrophe, die das Land bis heute nicht überwunden hat. Für mich allerdings die Gelegenheit, als einer der wenigen englischsprachigen und sachkundigen Journalisten in der Region erste Aufträge zu erhalten und ein Portfolio aufzubauen.

Inzwischen lebe ich nach mehreren Umzügen in Mainz. Afrika bestimmt immer noch meine Arbeit als Journalist. Beinahe ausschließlich schreibe ich über Ressourcen- und Sicherheitspolitik auf unserem Nachbarkontinent, vor allem für englischsprachige Medien.

2. Der Senegal, ein Ressourcenland?

Der Senegal ist natürlich nicht das erste Land, das einem beim Stichwort „natürliche Ressourcen“ einfällt. Selbst innerhalb des afrikanischen Kontinents gibt es da ganz andere Kandidaten. Nigeria und Angola sind bekannt für ihre sprudelnden Ölquellen, Südafrika, die Demokratische Republik Kongo und Sambia für die schier unermesslichen Reserven an wertvollen Metallen. Der Senegal wird hingegen den meisten Menschen vor allem als Urlaubsziel oder wegen seiner kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung für die gesamte westafrikanische Region ein Begriff sein.

Tatsächlich ist das auch die Reaktion der meisten Senegalesen selbst. Der Senegal „hat keine Ressourcenwirtschaft“, habe ich auf meiner Reise durch das Land immer wieder gehört. Wichtig sei doch vor allem die Hauptstadt Dakar, mit ihrem Hafen und den Hauptsitzen von hunderten internationaler Unternehmen und Organisationen, die von hier aus ihre Tätigkeiten in Westafrika koordinieren.

Und in der Tat stellen Dienstleistungen seit Jahrzehnten etwa 60 Prozent der senegalesischen Wirtschaftsleistung. Bergbau, Landwirtschaft und Fischerei, also jene Sektoren, für die ich mich interessiere, stützen zusammen gerade einmal etwa ein Viertel des senegalesischen Bruttosozialprodukts.

Diese Sichtweise wird allerdings der wahren Bedeutung natürlicher Ressourcen für die Wirtschaft und Gesellschaft des Senegals nicht ganz gerecht. So beschäftigt allein die Landwirtschaft etwa drei Viertel aller senegalesischen Arbeitskräfte. Etwa 11.000 Fischerboote legen jeden Tag von der langen Atlantikküste des Landes ab. Der angelandete Fisch sichert die Ernährung eines großen Teils der Bevölkerung, sowohl im Senegal, als auch in diversen Nachbarländern. Nebenbei ist er auch noch eines der wichtigsten Exportprodukte des Landes.

Überhaupt wird die Handelsbilanz des Senegals von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten dominiert, zumindest auf der Habenseite. Auf Platz eins steht seit einigen Jahren unangefochten, das edelste aller Metalle, Gold. Neben dem Edelmetall und Fisch spielen in dieser Statistik auch unbekanntere Metalle wie Zirkon und Nahrungsmittel wie Erdnussöl eine Rolle.

Aus dieser Perspektive betrachtet ist der Umgang mit natürlichen Ressourcen schon heute die wichtigste politische Frage des Landes. Zudem wird sie in den nächsten Jahren noch an Relevanz gewinnen: Die senegalesische Regierung, seit 2012 unter dem Präsidenten Macky Sall im Amt, will den Senegal bis zum Jahr 2025 zu einer „Emerging Economy“ machen, auf Augenhöhe mit wirtschaftlichen Erfolgsmodellen wie China, Indien und Brasilien. Grundlage für Industrialisierung und Wirtschaftswachstum soll vor allem der Ressourcensektor sein.

So heißt es im „Plan Sénégal Emergent“, dem zentralen Strategiepapier der Regierung für die wirtschaftliche Transformation: „Der Senegal wird auf seine Stärken und Möglichkeiten setzen, um den Fortschritt zu seinem Aufstieg anzustoßen und zu konsolidieren: [...] das große landwirtschaftliche und Bewässerungspotenzial; [...] der bisher nicht ausgelastete Bergbausektor, der echtes Potenzial hat; [...]“. Die „Entwicklung der Landwirtschaft, der Fischerei und der Agroindustrie“ wird genauso zum zentralen Ziel erklärt wie „das Interesse, den Minensektor und die Düngerindustrie“ zu stärken.

Die wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung natürlicher Ressourcen treibt aber beileibe nicht nur den Senegal um. Praktisch alle afrikanischen Staaten sind noch immer auf der Suche nach ihrem persönlichen wirtschaftlichen Erfolgsmodell. Kolonialismus und Strukturanpassungsmaßnahmen haben große Wunden sowohl in der Wirtschaft, als auch der Gesellschaft hinterlassen. Die Frustration mit der „Hilfsindustrie“ des Westens und dem oft ausbeuterischen Verhalten internationaler Konzerne aus allen Himmelsrichtungen ist vielerorts groß. Fruchtbare Ackerland, ergiebige Fischgründe, sprudelnde Ölquellen und reiche Minen bieten hingegen vielen afrikanischen Regierungen und Intellektuellen die Hoffnung auf eine „afrikanische Renaissance.“

Ähnlich wie beispielsweise Europa während der Industrialisierung und dem „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre müssen auch afrikanische Gesellschaften viele widersprüchliche Interessen gegeneinander abwägen. Wirtschaftswachstum basierend auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen geht oftmals Hand in Hand mit Umweltzerstörung. Millionen von Menschen schaffen den Schritt aus der absoluten Armut, gleichzeitig wächst aber in vielen Ländern die Kluft zwischen (weniger) Arm und Reich. Und der schnelle Aufschluss zum Entwicklungsstand westlicher Industrienationen kommt oftmals um den Preis mangelnder Nachhaltigkeit. Im Senegal, wie in anderen afrikanischen Ländern, kommen zudem die problematischen Auswirkungen von Klimawandel und Globalisierung hinzu, durch die globale Probleme und Herausforderungen auf einmal auch in den abgelegensten Dörfern zum Thema werden.

Ressourcenpolitik wird damit zum Zukunftsthema schlechthin, auch wenn ihre Bedeutung weder in der Politik noch in der weiteren Gesellschaft schon von allen erkannt wurde. Und gerade weil natürliche Ressourcen im Senegal eine viel komplexere und schwerer zu fassende Rolle spielen als beispielsweise in Afrikas Erdölstaaten oder dem „geologischen Skandal“ Kongo, bietet das Land eine faszinierende Möglichkeit, ihre Bedeutung und den Umgang mit ihnen zu erforschen und zu hinterfragen.

3. Ein paar Worte zum Inhalt

Die vorliegende Reportage ist auf der Grundlage eines sechswöchigen Aufenthalts im Senegal im Oktober, November und Dezember 2014 entstanden. Ich habe in dieser Zeit dutzende Interviews geführt und tausende Kilometer zurückgelegt, aber selten die Chance gehabt, unterschiedliche Elemente der Recherche in eine aus publizistischer Sicht sinnvolle Reihenfolge zu bringen.

Aus diesem Grund will ich im Folgenden auch keinen chronologischen Reisebericht bieten, sondern meine Erlebnisse und Beobachtungen thematisch zusammenfassen, wo immer möglich am Beispiel einzelner Begegnungen und Interviews. Das wird, so denke ich, dem Thema am besten gerecht.

Nicht alle meine Gesprächspartner wollten sich „on the record“ mir gegenüber äußern. Vor allem Politiker und Diplomaten sind nicht immer auskunftsfreudig, wenn das Aufnahmegerät mitläuft. Auch beim Besuch privater Unternehmen wird eine Information schon mal „nur als Hintergrund“ freigegeben. Aus diesem Grund, und weil es vom Umfang kaum machbar wäre, finden sich nicht alle meine Gespräche im Folgenden wieder. Die Erkenntnisse aus diesen Begegnungen sind aber in die Ergebnisse der Recherche eingeflossen.

Da die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen im Senegal im Wesentlichen auf die Sektoren Landwirtschaft, Fischerei und Bergbau beschränkt ist – fossile Brennstoffe oder eine nennenswerte Nutzung erneuerbarer Energien gibt es nicht – macht es Sinn, diese Bereiche jeweils getrennt vorzustellen. Erst am Ende werde ich die unterschiedlichen Fäden wieder zu einem Fazit zusammenführen.

Zu Beginn möchte ich allerdings noch einige Worte über die Geschichte des Senegals verlieren.

4. Der Senegal, eine Geschichte

Spuren menschlicher Besiedlung gibt es im Senegal bis weit in die menschliche Frühgeschichte. Aus heutiger Sicht kulturell und gesellschaftlich bedeutend ist aber vor allem der Beginn der Ära der großen westafrikanischen Reiche. Im mittelalterlichen Europa praktisch unbekannt, waren das Reich von Ghana, das Mali- und das Songhaireich kulturelle und wirtschaftliche Supermächte ihrer Zeit. Die mächtigsten dieser Reiche hatten ihr Zentrum im heutigen Mali entlang des Niger. Die Völker auf dem Gebiet des heutigen Senegal befanden sich immer in ihrem Einflussbereich, wenn nicht sogar unter ihrer direkten Kontrolle.

Ursprünglich richteten sich die wirtschaftlichen Tätigkeiten in dem Gebiet größtenteils an den Handelswegen durch die Sahara aus: Ein schwungvoller Handel mit Wolle, Kupfer, Perlen, Gold und Sklaven verband die afrikanische Westküste mit dem roten Meer und der arabischen Halbinsel.

Das Auftauchen europäischer Händler im 15. Jahrhundert läutete für den gesamten Kontinent, insbesondere aber auch für den heutigen Senegal weitreichende Änderungen ein. Etablierte Machtstrukturen brachen auseinander, weil kleinere Königreiche auf einmal mit den Portugiesen, Holländern, Engländern und Franzosen andere lukrative Handelspartner fanden. Diese wiederum wussten die Flussmündungen und natürlichen Häfen des Senegal- und Gambiaflusses, sowie das Cap Verde, bis heute Standort der Hauptstadt Dakar, zu schätzen und gründeten hier die ersten europäischen Handelsstützpunkte.

Bis 1850 nahmen die europäischen Mächte nur geringen direkten Einfluss auf das westafrikanische Festland und stritten sich lieber untereinander um die besten Standorte für Handelsvertretungen. Erst dann begannen die Franzosen, die sich im westafrikanischen Raum gegen die Engländer durchsetzen konnten, unter dem Gouverneur Louis Faidherbe das senegalesische Festland unter ihre Kontrolle zu bringen. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatte die französische Kolonialverwaltung den zum Teil bitteren Widerstand der lokalen Königreiche niedergeschlagen und 1904 wurde das Gebiet des heutigen Senegals offiziell Teil „Französisch Afrikas“ und Dakar zu seiner Hauptstadt.

Die französische Kolonialzeit hat bleibende Spuren im Senegal hinterlassen, darunter eine enge kulturelle und politische Bindung an die ehemalige Metropole. Zwischen 1914 und der Unabhängigkeit 1960 wurde die Bevölkerung Senegals von jeweils einem gebürtigen Senegalesen im Pariser Parlament repräsentiert.

Diese Deputées, darunter politische Schwergewichte wie Blaise Diagne und Léopold Sédar Senghor, trugen maßgeblich zum Erreichen der Unabhängigkeit bei. Anders als in den anderen Teilen Afrikas gab es in den meisten französischen Kolonien aber keinen Befreiungskampf, vielmehr wurde der Senegal in die Eigenständigkeit „entlassen“ und die Nachkriegsregierungen in Paris achteten peinlich darauf, die frankofonen Staaten auch weiter wirtschaftlich und politisch an der kurzen Leine zu halten.

Ursprünglich bildete der Senegal zusammen mit dem heutigen Nachbarland Mali die Mali-Federation. Politische Differenzen der Elite führten jedoch nach nur vier Monaten zu einer Spaltung und Léopold Sédar Senghor, ein international bekannter Dichter und Politiker, wurde zum ersten Präsidenten der Republik Senegal gewählt.

Nachdem Premierminister Mamadou Dia 1962 mit einem Putschversuch scheiterte, trieb Präsident Senghor die Zentralisierung der politischen

Macht in seinen Händen voran. In den folgenden Jahrzehnten blieben die politischen Freiheiten im Senegal stark eingeschränkt, auch wenn Senghor der politischen Opposition mehr Spielraum ließ, als die meisten anderen Staatsoberhäupter des Kontinents. 1975 erlaubte die Regierung erstmals seit 1965 wieder die Bildung von Oppositionsparteien und 1980 schied der alternde Senghor zugunsten seines handverlesenen Nachfolgers Abdou Diouf aus dem Amt.

Unter Diouf öffnete sich der politische Raum schrittweise weiter und auch wenn interne Spannungen teils in Gewalt umschlugen, wie etwa im Fall des Casamance-Konfliktes, vollzog der Senegal doch eine graduelle Demokratisierung. Im Jahr 2000 gipfelte dieser Prozess in der freien und fairen Abwahl von Diouf und der friedlichen Machtübernahme des Oppositionsführers Abdoulaye Wade. Auch wenn Wade gegen Ende seiner zweiten Amtszeit autokratische Tendenzen zeigte und auf fragwürdige Weise die Begrenzung präsidialer Mandate in der Verfassung außer Kraft setzte, tat dies dem demokratischen Prozess keinen Abbruch.

Nach einem kontroversen und spannungsgeladenen Wahlkampf wurde Wade im März 2012 abgewählt. Sein Herausforderer, der ehemalige Premierminister Macky Sall, konnte sich über einen Erdrutschsieg freuen. Dieser war aber weniger seiner eigenen Beliebtheit zu verdanken, sondern einer Koalition von etablierten Parteien und zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen. Die meisten Beobachter sehen in dem Sieg von Sall eher den Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem als machthungrig und korrupt wahrgenommenen Wade, als eine echte Sympathiebekundung für den neuen Amtsinhaber. Eine Beobachtung, die durch das schlechte Abschneiden der Regierungskoalition bei den Kommunalwahlen 2014 bestätigt wurde.

Abdoulaye Wade erkannte das Wahlergebnis umgehend an, gilt aber immer noch als politische Machtfigur. Seinem Sohn wird derzeit der Prozess wegen Korruption gemacht. Das Verfahren, so Kritiker der gegenwärtigen Regierung, sei politisch motiviert.

Die Regierung Sall hingegen versucht intensiv die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voran zu treiben. Von dem Erfolg ihrer Reformen, darin sind sich alle einig, wird der Ausgang der nächsten Wahl maßgeblich abhängen, die nach einer geplanten Verkürzung der präsidialen Amtszeiten per Referendum vermutlich 2017 stattfinden wird.

5. Ein schuppiger Schatz

Die Küstengewässer des Senegals gehören zu den ergiebigsten Fischfanggründen weltweit. Jährlich werden um die 450.000 Tonnen Fisch im Sene-

gal angelandet. Darüber hinaus werden erhebliche Mengen Fisch von ausländischen Booten in senegalesischen Gewässern gefangen, aber noch an Bord verarbeitet, tiefgefroren und in anderen Ländern und Erdteilen auf den Markt gebracht.

Für die senegalesische Wirtschaft ist die Fischerei von herausragender Bedeutung. Die senegalesische Regierung schätzt den Wert des im Jahr 2012 angelandeten Fisches auf etwa 230 Millionen Euro. Bemerkenswert ist aber auch die Struktur des senegalesischen Fischereisektors: Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern dominieren hier Kleinfischer. 11.000 Pirogen, vom unmotorisierten Einbaum bis zu Booten mit 20 Mann Besatzung, sorgen für knapp 90 Prozent der Fänge. 60.000 Kleinfischer arbeiten auf diesen Booten, womit der Sektor nach der Landwirtschaft der mit Abstand größte Arbeitgeber im Land ist. Von der Kleinfischerei sind außerdem zehntausende Fischhändler – zum überwiegenden Teil Frauen – abhängig, die den Fang ausnehmen, weiterverarbeiten und auf lokalen Märkten verkaufen.

Die industrielle Fischerei mit ihren auch aus Europa bekannten Fischkuttern ist dagegen von geringer Bedeutung. Nur etwa 90 Boote sind bei der senegalesischen Fischereidirektion registriert. Sie landen nur zehn Prozent der Fänge an, spezialisieren sich aber auch auf die wirtschaftlich profitableren Arten.

Während der industriell gefangene Fisch meist für den Export bestimmt ist, werden die Produkte der Kleinfischerei lokal verarbeitet und stellen einen wichtigen Teil des senegalesischen Speiseplans dar. Der Großteil der 14 Millionen Einwohner des Senegals lebt nahe der Küste und ein Stück Fisch schafft es in praktisch jedes Essen. Damit bringt die Fischerei nicht nur Geld für die Fischer, sondern bietet gleichzeitig die Grundlage für wichtige lokale Wertschöpfungsketten und der Ernährungssicherheit weiter Teile der Bevölkerung.

Daneben ist die Fischerei aber auch immer wieder Anlass für Konflikte. Für viel Unmut haben die Fischereiabkommen vergangener Regierungen mit der Europäischen Union gesorgt. Die Kleinfischer hatten immer das Gefühl, dass der Reichtum ihres Landes hier ohne Not verscherbelt wird. Noch problematischer ist die Piratenfischerei: Fabrikboote aus der EU, Osteuropa oder Asien dringen in senegalesische Gewässer ein, fischen ohne Erlaubnis und ohne die fälligen Gebühren zu entrichten und machen sich davon, bevor die unterfinanzierte senegalesische Küstenwache tätig wird.

Doch auch die Kleinfischerei ist nicht unproblematisch. Die Fischer und ihre politischen Vertreter sind zwar gut organisiert und schnell dabei, lautstark auf die Ungerechtigkeiten in ihrem Sektor hinzuweisen, doch an der Überfischung der senegalesischen Gewässer sind auch sie schuld. Und da die Landwirtschaft im Senegal schon seit Jahren in der Krise ist, zieht es

immer mehr junge Menschen an die Küste, wo mit der Fischerei noch Geld verdient werden kann. Auf Dauer wird das kaum gut gehen.

5.1 Die letzte Piroge

Um 13:30 Uhr stehe ich vor dem Büro von Greenpeace Senegal im 6. Stock eines Hochhauses in Dakar. Ein paar Tage vorher habe ich einen Anruf von Bakary, dem Öffentlichkeitskoordinator von Greenpeace bekommen. Ob ich Lust hätte, bei dem Start einer weltweiten Kampagne gegen Überfischung dabei zu sein? Habe ich natürlich, denn zum einen ist das ja genau mein Thema und zum anderen habe ich in Deutschland selbst schon für Greenpeace in Innenstädten Flyer verteilt und mich auf Bahngleise gestellt. Da interessiert mich die Arbeit der Organisation im Senegal umso mehr.

Nach und nach trudeln neben Bakary und der Meeres-Expertin Marie auch eine Reihe anderer Journalisten und ein von Greenpeace engagierter Fotograf ein. Nach einigem hin und her sitzen wir schließlich in zwei Autos und fahren aus Dakar hinaus in Richtung Bagny, einem Vorort über dem die größte Zementfabrik des Landes in einer gigantischen Staubwolke thront.

Am Strand von Bagny erwarten uns neben der brennenden Sonne ein kleines Holz Kanu, im Senegal Pirogue genannt, das in einem Loch im Sand liegt. Nach einer Viertelstunde warten trifft ein Bus voller Greenpeace-Freiwilliger ein, dann noch ein Bus voller lokaler Fischhändlerinnen und schließlich auch einige lokale Fischer. Es folgt eine recht chaotische Phase der Vorbereitung, Einweisung und Begrüßung. Marie von Greenpeace erklärt den versammelten Händlerinnen und Fischern, was Greenpeace eigentlich ist und warum sie heute alle hier sind. Die Freiwilligen entfalten Transparente in diversen Sprachen („Überfischung betrifft uns alle“) und stellen sie auf Anweisung des Fotografen mal hier und mal dort auf. Schließlich wird die Pirogue erst zum Meer getragen und dann in einer Trauerprozession wieder zurück zur vorbereiteten Grabstelle. Inzwischen steht hier auch ein Grabstein („Hier ruht die letzte Pirogue“).

Wieder gibt der Fotograf Anweisungen und flucht über das ungünstige Licht. Es gibt ein Gruppenfoto aller Anwesenden rund um die Grabstätte, dann wird die Pirogue zu Grabe gelassen.

Anschließend hält Marie eine kleine Pressekonferenz ab und wir Journalisten scharen uns um sie. Die Aktion, so erklärt sie in die Kameras und Mikrophone, sei Teil einer weltweiten Kampagne gegen den Einsatz von „Monsterschiffen“ in der industriellen Fischerei. Diese Fabrikschiffe, von denen Greenpeace 20 exemplarisch an den Pranger stellt, würden wegen ih-

rer enormen Kapazität, ihren schädlichen Fangpraktiken und dem Verstoß gegen Gesetze und Regularien besonders zur weltweiten Überfischung beitragen – auch im Senegal.

Ich erkundige mich, ob nicht auch die Kleinfischerei problematisch sei und zur Überfischung beitrage. Dem sei in der Tat so, sagt Marie. Der Fokus der Aktion liege aber klar auf der industriellen Fischerei, denn die Kampagne würde auf die weltweite Regulierung von Fabrikbooten abzielen. Das kommt auch bei den versammelten Fischern und Fischhändlerinnen gut an.

Ähnlich wie Greenpeace setzen sich praktisch alle NGOs öffentlich vor allem für eine stärkere Regulierung und Überwachung der industriellen Fischerei ein. Das ist nachvollziehbar, denn hier gibt es viele Probleme, von erlaubter Überfischung bis hin zu Piratenfischerei und Korruption im großen Stil. Sich mit den Praktiken der Kleinfischer anzulegen ist deutlich undankbarer. Es macht generell wenig Spaß, wirtschaftlich ohnehin marginalisierten Menschen noch mehr Einschränkungen aufzuerlegen. Und es lässt sich auch den eigenen Spendern gegenüber deutlich schlechter kommunizieren, als eine Demo vor der EU-Kommission wegen ungerechter Fischereiabkommen.

Hinter den Kulissen wird auch über eine Reform der Kleinfischerei diskutiert, aber in der senegalesischen Politik hat niemand so richtig Lust, dieses heiße Eisen anzufassen. Die Kleinfischer sind gut organisiert, sie haben politisches Mobilisierungspotenzial und von ihren Fängen ist die Ernährung hunderttausender Menschen abhängig. In diesem Kontext Fangquoten einzuführen und diese auch durchzusetzen ist gefährlich nah am politischen Selbstmord.

Früher oder später wird dieser Schritt aber kommen müssen, davon ist auch Abdoulaye überzeugt. Der Repräsentant einer Organisation von Kleinfischern nimmt mich nach der Greenpeace-Aktion in seinem Auto mit nach Saly, einem Ort etwa 100 Kilometer südlich von Dakar. „Ich habe Angst um die Kleinfischerei“, sagt er mir, während er den Wagen über die Sandpisten entlang an wunderschönen Stränden und Fischerdörfern steuert. Der Crash werde kommen, denn langfristig seien weder die Überfischung, noch die Arbeitsbedingungen in der Kleinfischerei tragbar.

Allerdings entziehe sich der Staat seiner Verantwortung, beklagt Abdoulaye. Es gäbe Regeln, etwa zur Registrierung von Fischerbooten und Maschengrößen von Netzen, aber die Polizei und Fischereiaufsicht würden diese nicht durchsetzen. Den Schaden hätten die ehrlichen Fischer, die ein Interesse an einer nachhaltigen Fischerei hätten. Das sich an der aktuellen Situation kurzfristig was ändert, da ist Abdoulaye wenig hoffnungsvoll.

Hoffnung auf schnelle und umfassende Reformen kann mir auch Gaousou Gueye nicht machen. Auch er ist Repräsentant einer Organisation von

Kleinfischern, allerdings gehört er zu einer anderen Gruppierung als Abdoulaye. Auf nationaler Ebene allein gebe es fünf Organisationen, erklärt er mir während unseres Interviews in der Lobby eines Hotels in Dakar. Hinzu kämen noch die regionalen und lokalen Organisationen. Diese Institutionenlandschaft sei auch zu großen Teilen staatlich gefördert, die Kleinfischer würden über gute Verbindungen zu Behörden und Regierung verfügen.

„Die Fischer haben großen Einfluss“, sagt Gueye. Sorgen mache ihm nur die Art und Weise, wie der Staat mit der industriellen Fischerei umgehe. So seien die Verhandlungen über das letzte Fischereiabkommen mit der Europäischen Union nicht gerade ein Beispiel an Transparenz gewesen. Die Vertreter der Kleinfischer wären in die Verhandlungen nicht einbezogen worden und es würde auch nicht auf ihre Fachkenntnis zurückgegriffen. Um einen „nationalen Dialog“ über das neue Abkommen zu erreichen fordert Gueye, dass der Vertrag zwischen EU und dem Senegal dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Es geht aber nicht nur um die Fangflotte der EU, so Gueye. In senegalesischen Gewässern tummeln sich, seinen Angaben nach, auch Boote aus Russland, Korea und anderen Ländern. Oft sind diese Trawler offiziell im Namen einer senegalesischen Firma unterwegs. Gueye bezeichnet diese Firmen als „gemischte Unternehmen.“ Diese haben einen senegalesischen Eigentümer und sind im Senegal gemeldet, das Kapital kommt jedoch aus dem Ausland. Für Gueye sind dies keine Investments in die senegalesische Wirtschaft, sondern schlicht Tricks, um sich an senegalesischen Beschränkungen ausländischer Fangflotten vorbei zu mogeln.

„Wir sagen ja nicht, dass ausländische Boote in unseren Gewässern nicht fischen dürfen, wenn es einen Überschuss an Fisch gibt“, argumentiert Gueye. „Das erlaubt schließlich auch das Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen und die senegalesische Verfassung. Wenn es aber keinen Überschuss gibt, dann sollten die vorhandenen Bestände den Kleinfischern überlassen werden.“

Ich wende ein, dass der Staat aber auch von dem Verkauf von Fischereirechten profitiert. Immerhin sorgen Verträge mit der EU und industrielle Fischerei für Staatseinnahmen, die sich aus der Kleinfischerei nicht im selben Umfang erzeugen lassen. Gueyes Antwort ist einfach: „In der Verfassung steht deutlich, dass die natürlichen Ressourcen des Senegals dem Volk gehören.“ Die gewählten Volksvertreter hätten den Auftrag, diese Ressourcen zu verwalten, aber eben nur im Namen des Volkes und in dessen Interesse sei nun mal eine möglichst starke Kleinfischerei.

5.2 Der Direktor

Dank der Vermittlung von Gaoussou Gueye bekomme ich ohne Probleme einen Interviewtermin beim Direktor für Fischerei, Camille Jean Pierre Manel. Die Fischereidirektion ist dem Fischereiministerium unterstellt und hat die Aufgabe, den Sektor zu regulieren und zu überwachen. Gemessen an der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges ist es also eine der wichtigsten staatlichen Institutionen im Senegal überhaupt.

Durchaus passend liegt die Direktion nur einen Steinwurf vom Hafen in Dakar entfernt. Unpassend ist allerdings das äußere Erscheinungsbild: Das alternde Gebäude sieht vernachlässigt und heruntergekommen aus. Der Eingang auf das Gelände, das von der Straße durch hohe Hecken abgeschirmt wird, ist unscheinbar und aus dem davor verlaufenden Rinnstein steigt ein unangenehmer Gestank auf.

Ich folge den Anweisungen eines Sicherheitsmannes und betrete eines der von außen zugänglichen Büros. Das gewohnte Sekretariatsambiente erwartet mich und ich werde umgehend durch zwei weitere Türen erst in einen Vorraum und dann in das Büro von Direktor Manel verwiesen.

In dem länglichen Raum steht ein gewaltiger Schreibtisch neben einer ebenso gewaltigen Polstergarnitur. Der Direktor sitzt hinter der mit Dokumenten, Zeitschriften und Krimskrams zugestellten Tischplatte wie hinter einer Festungsanlage. Ich muss mich ein wenig vorbeugen, um über die Arbeitsfläche hinweg seine Hand zu schütteln.

Wie praktisch alle Beamte und Funktionäre, die ich im Senegal interviewe, ist der Fischereidirektor höflich, hilfsbereit und auskunftsfreudig, aber offensichtlich auch an die Befragung durch Journalisten gewöhnt. Entsprechend routiniert handeln wir die klassischen Fragen zur Fischerei im Senegal ab: Die Größe des Sektors und seine wirtschaftliche Bedeutung bespricht Manel unaufgeregt und sachlich.

Für das wichtigste Merkmal des Sektors hält er die Zweiteilung in Klein- und Industriefischerei. Beide Formen würden ihre eigene, wichtige Rolle spielen, so Manel. Während die Kleinfischerei vor allem der Ernährungssicherung diene und Arbeit für viele tausend Menschen biete, könnten bestimmte Fischarten nur mit industriellen Mitteln gefangen werden. Die industrielle Fischerei sei außerdem besser geeignet, den Exportmarkt zu bedienen.

Ausländische Boote würden momentan keine so große Rolle wie in der Vergangenheit spielen, so Manel: „Zur Zeit gibt es acht Thunfischfänger in unseren Gewässern, außerdem zwei Boote von den Kapverdischen Inseln“, mit denen man ein bilaterales Abkommen habe.

Die Fischereiabkommen mit der EU hatte der Senegal dagegen vor eini-

gen Jahren aufgekündigt, nachdem es sowohl aus der senegalesischen, als auch aus der europäischen Zivilbevölkerung massiven Protest gegen die Bedingungen dieser Vertragswerke gab. Seitdem hätten europäische Fischerboote direkt mit der senegalesischen Regierung verhandeln müssen, was für die meisten aus Kostengründen unattraktiv war.

Doch, so Manel, solle sich das bald ändern. Schon Mitte 2014 sei ein neues Fischereiabkommen ausgehandelt worden, welches „in den nächsten Wochen“ in Dakar unterzeichnet werden solle.

Das neue Abkommen sehe er positiv, lässt Manel durchblicken, Sorgen bereiten ihm hingegen weiterhin die Fälle von Piratenfischerei in senegalesischen Gewässern. Jährlich entstehen westafrikanischen Staaten mehrere hundert Millionen Euro Schaden durch nicht gemeldete und illegale Fischerboote aus Osteuropa und Asien, und auch der Senegal leidet unter dieser Schattenwirtschaft.

Im Januar 2014 gelang der senegalesischen Küstenwache dann ein Aufsehen erregender Fang: Zwei russische Trawler wurden nahe der Seegrenze zum Nachbarland Guinea-Bissau aufgebracht und wegen wiederholter Verstöße gegen die Fischereigesetze in Dakar an die Kette gelegt. Erst nach einer Strafzahlung in Höhe von 1,24 Millionen Dollar an die Staatskasse wurden die Boote wieder freigegeben.

Der Fall führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Senegal und Russland. Vertreter der Kleinfischer und Umweltschutzorganisationen spendeten laut Beifall. Mehr als ein Warnschuss vor den Bug war es aber nicht: Er wüsste von keinen weiteren Fällen erfolgreicher Strafverfolgung von Piratenfischern, so der Fischereidirektor Manel. Piratenfischerei gebe es aber auch weiterhin „ständig“ und ihm wären auch mehrere Verdachtsfälle bekannt, die aber noch nicht zu erfolgreichen Verfahren geführt hätten.

Wichtiger sei für ihn ohnehin die Organisation des Sektors. Zu den Interessensvertretern und Organisationen der Kleinfischer wären die Beziehungen „insgesamt gut“, so Manel, nur gebe es „sehr, sehr viele davon.“

„Eine unserer größten Schwierigkeiten ist die mangelhafte Organisation im Bereich der Kleinfischerei.“ Die pure Zahl der Akteure würde es schwierig machen, die richtigen Ansprechpartner zu finden. Jede der Dutzende Erzeuger- und Lobbyorganisationen wolle bei jedem Treffen und Workshop dabei sein, was schon aus organisatorischen Gründen kaum möglich sei. Im Falle der industriellen Fischerei sei das kein Problem, hier gebe es genau zwei Verbände, die alle Unternehmen in dem Sektor repräsentieren würden.

Ähnlich wie der Fischer Abdoulaye glaubt auch der Fischereidirektor Manel, dass die Kleinfischerei dringend reformiert werden muss. „Es kann nicht die ganze Welt Fischer werden“, argumentiert er. Schon jetzt seien die

Bestände überfischt, gerade auch durch die Kleinfischer, und trotzdem würde der Druck auf den Sektor anhalten.

„Der Staat“, sagt Manel und meint damit unter anderem sich selbst, „muss die Akteure begleiten und dabei unterstützen, die Ressource Fisch besser zu verwalten und so nachhaltig wie möglich zu nutzen.“ Er scheint aber grundsätzlich auf die freiwillige Einsicht und Kooperation der Kleinfischer zu setzen. Die Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen, etwa die verstärkte Kontrolle von Fangquoten oder die Durchsetzung von Arbeiterrechten, erwähnt er mit keinem Wort.

Vielleicht baut Manel darauf, dass die Kleinfischer schon bald in den Abgrund kollabierender Bestände und schwindender Fänge blicken und von sich aus zurückschrecken. Für ihn habe die Kleinfischerei „nur unter bestimmten Bedingungen“ eine Zukunft.

Dazu gehöre auch eine Restrukturierung des Sektors. Die industrielle Fischerei müsse gestärkt werden, wenn es um den Fang teurer und profitabler Fischarten gehe. Die Kleinfischerei könne weiter bestehen, man müsse aber „differenzieren“. Dort wo es die Möglichkeit der Profitmaximierung gibt, müssen wir das nutzen. In den anderen Bereichen, etwa dem Fang von Sardinellen, können wir uns auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Versorgung lokaler Märkte und Nahrungsmittelsicherheit konzentrieren.“

Seine Vision sei eine besser gemanagte Fischerei mit verantwortungsbewussteren Fischern und steigenden Einnahmen für alle Beteiligten. „Und das ist möglich“, so Manel, „wenn wir die Überfischung und Überkapazität der Kleinfischerei abbauen. Dann steigt der Profit, den der Staat dann auf jene Teile der Bevölkerung umverteilen kann, die es am nötigsten brauchen.“

Dass zu diesem hilfsbedürftigen Teil der Bevölkerung dann auch viele ehemalige Kleinfischer gehören werden, darüber verliert der Fischereidirektor Manel kein Wort. Sein Anliegen ist aber grundsätzlich richtig. Vermutlich gibt es im Senegal auch keinen Kleinfischer oder Interessensvertreter, der Manel nicht grundsätzlich zustimmen würde, wenn es um den Reformbedarf der Kleinfischerei geht. Und „Reform“ wird natürlich bedeuten, dass am Ende weniger Fischer weniger Fisch fangen.

Was fehlt, und zwar auf allen Seiten, sind Ideen, wie mit den daraus folgenden Konsequenzen umgegangen wird. Die Verantwortung hierfür schieben sich die unterschiedlichen Akteure gegenseitig zu. Wo der Fischhändler Abdoulaye ein stärkeres Eingreifen des Staates fordert, sagt der Fischereidirektor Manel, die Fischer „dürfen sich nicht immer als Opfer sehen.“ Viele würden sich gegen staatliche Kontrolle wehren, das sei inakzeptabel. Die Kleinfischer müssten die schwarzen Schafe in ihren Reihen besser in den Griff kriegen und Verantwortung übernehmen.

Diese Art der Konflikte zwischen mehr oder weniger informellen Kleinstbetrieben und industriellen Interessen großer Unternehmen und der Regierung gibt es aber nicht nur im Fischereisektor. Auch im senegalesischen Bergbau treffen zwei sehr unterschiedliche Gruppen von Akteuren aufeinander: Auf der einen Seite internationale Großinvestoren, auf der anderen Goldschürfer und Kleinbauern, die mit diesen Unternehmen oft in direkter Konkurrenz stehen.

6. Der falsche Goldrausch

6.1 Giftiger Dünger

Für meinen Besuch der Phosphatminen in der Region um Thiès, nicht weit von der Hauptstadt Dakar, habe ich mir den Luxus eines privaten Autos geleistet. Drei unterschiedliche Orte im Umkreis von 50 Kilometern mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu besuchen und dann noch mit meinen jeweiligen Interviewpartnern den Transport zu den Minen selbst organisiert zu bekommen, das ist mir dann doch zu anspruchsvoll. So geht es extrem komfortabel in einem höchstens 15 Jahre alten Peugeot von Thiès über eine hervorragend asphaltierte Straße in Richtung Cherif Lo. Dort treffe ich Amadou Bah, einen Aktivisten der örtlichen Zivilgesellschaft. Als dritter im Bunde stößt noch Mamadou Tall zu uns. Wie viele andere Mitglieder der ethnischen Gruppe der Pheul lebt auch er von der Viehhaltung.

Zusammen fahren wir einige Minuten über diverse Sandpisten durch die Landschaft, dann stehen wir vor einem großen Loch. Hier, so erzählt Amadou Bah, habe er früher seine Kühe getränkt. Dann aber habe eine Firma angefangen, hier Phosphat abzubauen. Heute gibt es zwar am Boden des Tagebaus einen See, aber keinen Weg hinunter. Wer versuche, dort sein Vieh zu tränken, würde riskieren, dass sie auf dem Weg nach unten abstürzen, so Amadou. Für die Besitzer ist das eine wirtschaftliche Katastrophe, denn eine Kompensation wird in solchen Fällen weder durch den Staat noch die Minengesellschaft gezahlt.

Phosphat, beziehungsweise die aus dem Mineral hergestellte Phosphorsäure, ist eines der wichtigsten Exportgüter des Senegals und wird in dem Land seit den 1950er Jahren abgebaut. Phosphorsäure ist wiederum die Grundlage zur Herstellung von Phosphatdünger. Zusammen mit Düngern aus Stickstoff und Kalium ist Phosphat damit die Triebfeder der modernen industriellen Landwirtschaft. Ohne ständige Düngung mit diesen Elementen wären die übernutzten Böden in Deutschland, Indien oder den USA innerhalb weniger Jahre komplett ausgelaugt. Die Heimat von Amadou Bah ist

ein essenzieller Teil in der Produktionskette globalisierter Landwirtschaft, auch wenn er und seine Kühe davon nicht viel haben.

Auf dem Rückweg steigen wir in einem kleinen Dorf aus. Hier steht ein großer Wasserturm, gebaut von einer inzwischen nicht mehr aktiven Phosphatfirma. Die sei gut gewesen, erzählt Mamadou, sie habe wenigstens ein wenig in die lokale Infrastruktur investiert. Die heute hier aktive Firma kümmerere sich dagegen nicht um die Bedürfnisse der Anwohner und ein Gesetz, das sie zu bestimmten Leistungen verpflichten würde, gebe es nicht.

Dann führt mich Amadou noch zu einer Herde Rinder, die am Rande der Straße grasen. Eines der Tiere ist abgemagert, der Körper ist von einem hässlichen Ausschlag und Verschorfungen entsetzt. Die Krankheit, die ich später auch noch an anderen Tieren sehen werde, werde durch den Phosphatabbau verursacht, so Amadou. Auch in solchen Fällen gebe es keinerlei Kompensation.

Ich bedanke mich bei Mamadou und Amadou und fahre weiter zum nächsten Treffen. Auf der Straße Richtung Mboro sammeln wir Bemba Fall Diouf auf, ebenfalls ein lokaler Aktivist. Wieder geht es ab auf die Sandstraße, diesmal in Richtung des Dorfes Darou.

Darou liegt in einer prekären Lage, von drei Seiten ist es inzwischen von Tagebauen umgeben. Hier lebt die Bevölkerung hauptsächlich vom Ackerbau. Hirse und andere Getreide für den Eigenbedarf, Erdnüsse für den Verkauf und dazwischen ein wenig Gemüse und Mangobäume finden sich auf kleinen Parzellen.

Der Phosphatbergbau, übersetzt mir Bemba die Aussagen der Dorfbewohner, mache ihnen Angst. Alle anderen Dörfer in der Umgebung hätten schon umgesiedelt werden müssen. Zwar hätten die Bewohner Entschädigungen gezahlt bekommen, aber nur für ihre Häuser und Bäume, die sie selbst gepflanzt hätten. Ihre Felder dagegen, dafür hätte niemand etwas bekommen, denn Grund und Boden gehört im Senegal dem Staat und nicht Privatpersonen.

Der Dorfvorsteher ist aufgebracht. „Von einem Feld kann man ewig leben und Landwirtschaft, das ist das, was wir können.“ Mit der Entschädigung hätten die umgesiedelten Dorfbewohner zwar ein neues Haus bauen und vielleicht sogar ein kleines Geschäft aufmachen können. Viele seien trotzdem in die Armut abgeglitten, weil sie mit dem neuen Leben nicht zurechtgekommen seien.

Für die Bewohner von Darou stellen sich derweil ganz andere Probleme. Gerade hat eine Kommission festgestellt, dass es in dem Dorf „kaum ein gesundes Kind“ gibt. Bemba und zwei Bauern führen mich auf die Felder, zeigen mir Mangobäume, deren Blätter verdorren und Erdnusssträucher, bei denen die Nüsse noch in der Erde verfaulen.

Die Dorfbewohner machen die Phosphorsäure dafür verantwortlich, die hier in der Nähe direkt aus dem abgebauten Phosphor hergestellt wird. Immer wieder käme es dabei zu Unfällen und die Säure würde in starken Konzentrationen in die Umwelt entweichen.

Phosphorsäure ist der Ausgangsstoff für Phosphatdünger und damit die Grundlage der modernen industrialisierten Landwirtschaft. In geringen Konzentrationen wird sie auch in der Lebensmittelindustrie als Konservierungs- und Säuerungsmittel eingesetzt, zum Beispiel in Coca Cola. In Darou allerdings zerstört sie die Lebensgrundlage der Bewohner, die sich gegen die wirtschaftlichen Interessen von Staat und Unternehmen nur schwer wehren können.

Phosphat wird hier schon seit den 1950er Jahren abgebaut, aber positive Auswirkungen habe das bisher nur wenige gehabt, so die Bewohner von Darou. Nur drei junge Männer aus dem Dorf hätten in der Mine Arbeit gefunden, alle anderen würden genauso leben wie immer. „Die Frage ist doch, brauchen wir die Phosphatminen überhaupt?“, sagt einer der Bauern zum Abschied. Für ihn sei es viel logischer, sich auf die Landwirtschaft zu konzentrieren. Die Erde sei hier eigentlich fruchtbar und Gemüse aus der Region würde schon heute bis nach Mauretanien exportiert. Neben der Phosphatmine habe aber kürzlich auch ein Zirkon-Tagebau seine Arbeit aufgenommen. Da würde für Landwirtschaft bald kein Platz mehr sein, von dem Reichtum der Region hätten die Bauern aber noch nichts gesehen.

Ganz so einfach sei die Lage dann aber doch nicht, ist Abdoulaye Dieng überzeugt. Der Apotheker empfängt mich in Mboro in seinem kleinen Büro. Abdoulaye ist seit Jahrzehnten in der örtlichen Zivilgesellschaft aktiv und er bestätigt, dass es viele Probleme mit dem Bergbau gegeben hat und immer noch gibt. Andererseits könne Subsistenzlandwirtschaft ja auch nicht die Zukunft sein. Es müsse darum gehen, dass die Menschen durch den Bergbau neue Chancen auf Ausbildung und Jobs bekommen und hier habe sich gerade in den letzten Jahren viel getan. Wie viele Vertreter von NGOs und Zivilgesellschaft mit denen ich spreche, hebt er das mangelhafte staatliche Eingreifen hervor. Das Kompensationen und die Übernahme sozialer Verantwortung weitestgehend im Ermessen der Unternehmen liegen, daran sei nun mal das, in diesem Bereich, sehr unspezifische Minengesetz schuld.

Unspezifisch sind im Senegal aber nicht nur die Regelungen für industrielle Investoren. Gerade auch der informelle Bergbau ist wenig reglementiert und wird vom Staat kaum überwacht. Beim Abbau von Phosphat spielt das keine Rolle, denn dies bedarf großer Investitionen und einer soliden technischen Infrastruktur. Beim Thema Gold sieht das aber schon anders aus.

6.2 C'est rien

Ich sitze auf dem Sozius eines Motorrades und spüre trotz Fahrtwind, wie die Sonne auf meiner Haut brennt. Die Landschaft, die ich von der hervorragend geteerten Straße sehen kann, ist reizvoll: Hüfthohes Gras und saftig grün belaubte Bäume dominieren den Südosten des Senegals so kurz nach der Regenzeit.

Immer wieder fahren wir an Schildern vorbei, die auf Explorationsstätten links und rechts der Straße verweisen. Hier suchen Unternehmen aus den USA, Kanada, Europa und Südafrika nach Gold. Im industriellen Maßstab abgebaut wird es im Senegal aber bisher nur in einer Mine in Sabodala, etwa 100 Kilometer von meiner derzeitigen Basis in Kédougou entfernt.

Im internationalen Vergleich spielt der Senegal nur eine kleine Rolle im Goldgeschäft. Auf einer Wikipedia-Liste der wichtigsten Goldproduzenten taucht das Land gar nicht erst auf, denn hier werden weniger als zehn Tonnen Gold im Jahr aus dem Boden geholt – zumindest aus offiziellen Minen. Dennoch ist Gold inzwischen das wichtigste Exportprodukt des Senegals. 2012 erreichte das Edelmetall ein Exportvolumen von knapp 350 Million Dollar.

Diese Statistik ist wichtig für die Regierung, denn sie hat direkten Einfluss auf die Staatseinnahmen. Für die lokale Wirtschaft ist aber ein anderer Aspekt des Goldbergbaus von größerer Bedeutung: der Kleinbergbau, durchgeführt von Individuen oder kleinen Gruppen in nicht registrierten Minen und ohne größere technische Hilfsmittel.

Diese Art des Goldabbaus gibt es im Senegal und der gesamten Region schon seit hunderten Jahren. Der Südosten des Senegals liegt in derselben geografischen Zone wie Mali und Burkina Faso, Gold führende Bodenschichten kommen hier bis an die Oberfläche. In der Zeit der großen westafrikanischen Reiche gründeten sagemumwobene Könige ihren Reichtum auf den Abbau und Handel mit Gold. Danach spielte der Kleinbergbau lange eine untergeordnete Rolle, bis im Zuge der Weltwirtschaftskrise 2008 die Goldpreise durch die Decke gingen. Heute arbeiten tausende Menschen in den über den gesamten Südosten des Senegals verstreuten Kleinminen. Der Goldbergbau ist zu einer der wenigen Alternativen zur Subsistenzlandwirtschaft geworden.

Ich denke über das Interview mit dem Mitarbeiter der Minendirektion nach, das ich gestern geführt habe. Man sei auf gutem Wege, so erzählte er mir, die artisanalen Goldschürfer zu formalisieren. Bisher gab es für die Goldsuche kaum Regeln und die, die es gab, wurden nicht umgesetzt. Jeder konnte sich eine Hacke oder Schaufel nehmen und – nach Absprache mit den lokalen Autoritäten – den Boden auf der Suche nach Gold umgraben.

Und weil der Goldpreis seit Jahren auf Rekordniveau ist, gibt es jede Menge Leute, die genau das wollen. Junge Senegalesen, aber auch Gastarbeiter aus Mali, Guinea, Ghana und Burkina Faso sind in den Goldgürtel eingewandert, in manchen Orten auch eingefallen. Es gibt Dörfer, so hat mir eine Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dakar erzählt, die innerhalb weniger Wochen von einigen Dutzend auf mehrere tausend Einwohner angewachsen sind, weil in der Nähe Gold gefunden wurde. Mit den Goldschürfern kommen in der Regel die Schattenseiten des schnellen Geldes: Drogen, Prostitution, Gewalt.

Im Kleinbergbau gibt es keine Sicherheitsbestimmungen und nur ein informelles Arbeitsrecht. Unfälle sind häufig, dutzende Arbeiter sterben jedes Jahr im westafrikanischen Goldabbaugebiet, weil Stollen zusammenbrechen. Und viele dieser Arbeiter sind Kinder: ihre geringe Körpergröße hat sie nicht nur im England des 19. Jahrhunderts zu idealen Bergarbeitern gemacht, sondern auch im Senegal der Gegenwart.

Jetzt will die Regierung alle Goldschürfer registrieren, biometrische Pässe ausstellen und Schürflizenzen per Computer erfassen und zuteilen. Seit einigen Monaten ist außerdem der Kleinbergbau per Dekret komplett verboten, bis die Formalisierung abgeschlossen ist. Dieses Verbot, so versicherte mir mein Gesprächspartner, werde auch weitgehend eingehalten.

Jetzt bin ich auf dem Weg zu einem Vertreter der artisanalen Goldgräber, um mich selbst davon zu überzeugen. Den richtigen Namen meines Interviewpartners möchte ich hier nicht preisgeben, nennen wir ihn also Ahmed. Der schon etwas ältere Herr empfängt mich in seinem Haus und wir unterhalten uns über den Formalisierungsprozess. Er sei ein großer Unterstützer der Formalisierung, erklärt mir Ahmed, denn nur so könnten die Probleme des Kleinbergbaus bekämpft werden. Eine Reform des artisanalen Goldschürfens sei dringend nötig, denn darauf verzichten könne die Region nicht. Die lokale Wirtschaft, so die Einschätzung von Ahmed, ist praktisch komplett vom Gold abhängig, nur wegen dem Bergbau hätten die Menschen in seinem Dorf richtige Häuser statt Hütten bauen können.

Aber gerade dann sei doch ein kompletter Abbaustopp, wie ihn der Minister verhängt hat, fast unverantwortlich, wende ich ein. Für die lokale Wirtschaft sei das auch nicht einfach, so Ahmed, der Markt in Kédougou habe stark unter den geringeren Umsätzen gelitten. Aber ganz gestoppt hätte der Bergbau keinesfalls, vielmehr würden die Leute jetzt halt „stehlen“, also ohne Erlaubnis graben.

Dann gehen wir in die nahe gelegene Mine und tatsächlich arbeiten dort mehrere Dutzend Männer, Frauen und Kinder in einer heißen Mondlandschaft. Auf der einen Seite des Tagebaus sind Einheimische aktiv. Sie graben „Goldbrunnen“, vertikale Löcher, die einen Durchmesser von etwa 1,2 Me-

ter haben und bis zu fünf Meter tief sind. Andernorts erreichen Goldbrunnen auch Tiefen von bis zu 30 Meter.

Unten, auf Höhe der goldführenden Schicht, arbeiten meist ein bis zwei Kinder, die den lockeren Sand aus der Wand kratzen. An einem nahe gelegenen See wird dann der Goldstaub ausgewaschen, indem man Zyanalze hinzugibt und das entstehende Amalgam ausschmilzt. Ein hochgiftiges Verfahren, das sowohl die Schürfer, als auch die Umwelt extrem belastet.

Ob die Gendarmerie sich nicht für den offensichtlichen Bruch des Dekrets interessieren würde, frage ich Ahmed. Nein, sagt er, die kämen nicht oft. Ahmed selbst scheint hier großen Einfluss zu haben, er gibt Anweisungen, stellt Leute vor und hat auch kein Problem damit, dass ich den offensichtlichen Gesetzesbruch mit Kamera und Mikrofon festhalte. Immer wieder klingelt sein Handy und er verhandelt in aufgebrachtem Wolof und Französisch mit seinem Gesprächspartner. Es geht um eine italienische Explorationsfirma, die vor kurzem in der Nähe ihre Arbeit aufgenommen hat. „Die müssen zuerst die Leute aus der Umgebung einstellen“, brüllt Ahmed ins Telefon. „Es kann doch nicht angehen, dass die für Arbeit, die jeder machen kann, jemanden aus Dakar mitbringen. Wenn die sich nicht daran halten, dann werden wir ihre Arbeit hier halt stoppen. Es geht doch nicht, dass diejenigen, die das Essen kochen, am Ende nichts davon abbekommen!“

Am anderen Ende des Tageabbaus geht es deutlich professioneller zu. Hier trägt eine Gruppe junger Männer mit ihren Schaufeln ganze Bodenschichten ab, die dann mit Lastern abtransportiert werden. Ahmed requiriert ein Motorrad und wir fahren den Lastern hinterher. Nach einem Kilometer kommen wir zu einer Lichtung am Rande eines großen Flusses. Hier stehen etwa fünfzehn dieselbetriebene Steinmühlen und verbreiten einen ohrenbetäubenden Lärm. Die Abwässer der Mühlen, schlierig mit Diesel und Öl, werden in den Fluss gespült.

„Der Gambia“, sagt Ahmed und deutet auf den Strom, der hier mehr als 50 Meter breit ist. „Wunderschön, oder?“ Ich stimme zu, denn stromaufwärts, wo das ölig schimmernde Abwasser nicht zu sehen ist, bietet der Fluss tatsächlich einen majestätischen Anblick.

Dank der Steinmühlen, sagt Ahmed, müsste man hier kein Zyanid einsetzen. Von einem der jungen Männer, die alle aus Burkina Faso kommen, lässt er das Auswaschen des Goldes demonstrieren. Der Schürfer hat sichtlich Übung, schnell kommen in dem aufgeschlammten Sand glitzernde Flecken zum Vorschein. „Das ist Goldstaub“, sagt Ahmed und gibt noch eine Anweisung auf schnellem Wolof. Der Schürfer wäscht weiter und kurz darauf hält Ahmed zwei Nuggets in der Hand, jeweils ein bisschen größer als eine Nadelspitze. „Reines Gold“, sagt Ahmed und lacht.

Er hoffe, dass die Formalisierung schnell vorankomme, teilt er mir mit, während wir zum Dorf zurückgehen. Bis dahin würde hier der gesamte Betrieb auf Sparflamme laufen. „An einem normalen Tag würden sich die Menschen hier drängeln, es wäre eine ganze Meute.“ Zum Abschied drückt mir Ahmed die gut verpackten Nuggets in die Hand. „Ein Geschenk“, sagt er. Ich versuche abzulehnen, aber er besteht darauf, dass ich das Gold annehme. „C’est rien – es ist nicht der Rede wert“, wehrt er meine Proteste ab. „Es ist meine Mine, ich kann das verschenken.“

6.3 Das Loch von Sabodala

Wieder stehe ich mitten im Nirgendwo vor einem großen Loch. Obwohl es mehrere hundert Meter breit und dutzende Meter tief ist, existiert das Loch erst seit etwa 2009. Seitdem wird hier, nahe des kleinen Ortes Sabodala und etwa 100 Kilometer von Kédougou entfernt, industriell Gold abgebaut.

Schilder auf der Zufahrtsstraße warnen vor Sprengungen um 16:15 Uhr. Im Minutentakt fahren riesige gelbe Laster das ausgesprengte Granitgestein aus der Mine heraus, entweder auf die schon jetzt gigantischen Abraumberge, oder zur Zerkleinerung und chemischen Behandlung.

Für 2013 gibt die Betreiberfirma, das kanadische Unternehmen Teranga Gold Corporation, eine Förderung von 207.204 Feinunzen Gold an. Das entspricht einem Gegenwert von etwa 240 Millionen Euro zu damaligen Weltmarktpreisen und ist fast genauso viel wie die senegalesische Regierung pro Jahr für das nationale Gesundheitssystem ausgibt. Zieht man die laufenden Kosten ab, blieb den Anteilseignern von Teranga Gold immer noch ein Gewinn von gut 38 Millionen Euro allein im letzten Jahr.

Von dem hier produzierten Reichtum merkt man allerdings nicht besonders viel. Sabodala, wie auch alle anderen Dörfer auf dem Weg hierher, sieht aus wie jedes beliebige senegalesische Dorf im Hinterland. Mit etwas gutem Willen kann man unterstellen, dass für eine solch abgelegene Gegend die Sandpiste in einem sehr guten Zustand ist und einige mehr Steinhäuser zu sehen sind, als man erwarten würde.

Eigentlich jeder, mit dem ich über die Mine rede, ist unzufrieden. Egal ob in Kédougou oder in Sabodala selbst: Die einhellige Meinung ist, dass die Region von der Goldmine rein gar nichts habe. Es gebe nicht genug Jobs und die Firma würde nicht genug in die lokale Entwicklung investieren. Der Dorfchef von Sabodala erzählt mir, die Firma mache ihm „Angst“, denn sie wolle jetzt auch direkt unter dem Dorf nach Gold suchen und bei entsprechenden Vorkommen das gesamte Dorf umsiedeln.

Entsprechende Pläne gäbe es, bestätigt mir der für soziale Verantwortung zuständige Mitarbeiter von Teranga Gold, der nicht namentlich zitiert werden möchte. Allerdings würde Teranga damit nur ein Abkommen mit der Regierung erfüllen. Und dass Teranga nichts für die lokale Entwicklung tun würde, das stimme nicht. Von knapp 1.000 Angestellten, so ist auch dem Nachhaltigkeitsbericht der Mine zu entnehmen, sind nur 10 Prozent Ausländer. 28 Prozent kommen aus der direkten Umgebung der Mine, weitere zwölf Prozent aus der Region Kédougou, der Rest aus ganz Senegal. Teranga Gold würde senegalesische Angestellte gezielt weiterbilden und, wo möglich, befördern. Er selbst lerne derzeit einen senegalesischen Kollegen an, der ihn in den kommenden Jahren ersetzen soll, so der Minenmanager.

Auch für die Dorfgemeinschaft habe man einiges getan. So hat das Dorf heute fließend Wasser in den meisten Häusern. Es wurden ein Kindergarten und mehrere Schulgebäude gebaut. Einem Gemeinderadio fehle nur noch die Technik, das Haus stehe aber schon. Teranga betreibt außerdem eine Baumschule, die einmal die Setzlinge für die Renaturierung der Abraumberge liefern soll. Im Moment noch von der Firma betrieben, soll diese Baumschule irgendwann von der Dorfgemeinschaft übernommen und profitabel werden. Auf mehreren hundert Hektar betreibt Teranga außerdem ein Demonstrationsfeld zur Ausbildung von Bauern. Eine Gruppe Frauen, deren Familien wegen der Mine umgesiedelt werden musste, habe neben vollen Reparationen auch Gemüsefelder mit entsprechender Infrastruktur und Ausbildung erhalten.

Teranga erfülle alle gesetzlichen Auflagen, auch im Umweltbereich, und zahle alle vorgeschriebenen Steuern und Sozialabgaben. Als erste industrielle Mine im Senegal habe man den Anspruch, im sozialen Bereich Standards zu setzen.

Überhaupt, so ein senegalesischer Kollege des Teranga-Repräsentanten, müsse stärker auf die Versäumnisse der Regierung hingewiesen werden. Immerhin sei es eigentlich Aufgabe der Regierung, nicht die eines Privatunternehmens, die wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung voranzutreiben. Dafür stünden jedoch keine Mittel bereit. Die Region Kédougou, die als Verwaltungseinheit seit 2009 besteht, habe etwa nur einen einzigen Kontrolleur für die Einhaltung der Bestimmungen im Bereich artisanalem Bergbau. In der Region gebe es aber mehrere zehntausend Kleinschürfer. Bis heute hätten die staatlichen Verwaltungen in Sabodala keine Präsenz aufgebaut.

Die Bevölkerung mache darum oft keinen Unterschied zwischen Minenunternehmen und Staat. Auch daher würde die überzogene Erwartungshaltung kommen, dass mit einer Mine automatisch Entwicklung und Wohlstand für alle Einzug hält. Alle Anwohner hätten sich am Anfang Hoffnung auf Arbeit in der Mine gemacht, die dann enttäuscht wurden. Die Regierung tue wenig, um diese Widersprüche aufzulösen.

Den Beitrag zur senegalesischen Wirtschaft beziffert das Unternehmen für 2013 auf etwa 120 Millionen Euro. Gut 18 Millionen Euro wurden in Form verschiedener Steuern und Abgaben direkt an die senegalesische Regierung gezahlt. Dass sich die Firma vor ihren sozialen und finanziellen Verpflichtungen drücken will, dafür habe ich vor Ort tatsächlich keinen Hinweis finden können.

Aber reichen diese Verpflichtungen aus? Je mehr ich über den Minensektor im Senegal höre, desto stärker wird mein Eindruck, dass die Regierung diesen Wirtschaftsbereich um jeden Preis entwickeln will. Im Land selbst gibt es dafür nicht das nötige Know-how und vielleicht auch nicht genug Kapital. Um nicht den schwierigen und konfliktreichen Weg gehen zu müssen, den der Aufbau eines staatlichen Minenkonzerns bedeuten würde, lockt man ausländische Firmen mit extrem vorteilhaften Bedingungen ins Land.

Diese Bedingungen, Gesetze und Vorschriften werden weitgehend ohne Beteiligung der betroffenen Bevölkerung entwickelt, die nur ihre oft negativen Auswirkungen zu sehen bekommt. Gleichzeitig kommt von den generierten Einnahmen nur wenig in den betroffenen Regionen wieder an.

Aber vielleicht noch schlimmer als diese Unzulänglichkeiten bei der politischen Gestaltung des Prozesses wiegt, dass die gesamte Strategie der Regierung für den Goldsektor auf Sand gebaut scheint. Die Mine in Sabodala soll zwar noch 15 bis 20 Jahre bestehen und um mehrere Projekte erweitert werden – aber nur wenn der Betrieb profitabel bleibt. Und spätestens hier treffen senegalesische Vorstellungen auf die harte Realität des globalen Kapitalismus.

Seit seinem historischen Höchststand von über 1.800 Dollar pro Feinunze im Jahr 2011 hat Gold massiv an Wert verloren und wird heute bei nur noch gut 1.150 Dollar gehandelt. Und selbst das ist eine historische Anomalie, denn vor der Weltwirtschaftskrise galten Preise von über 800 Dollar als hoch.

Er wisse nicht, was passieren würde, wenn der Goldpreis weiter so stark falle, hat mir der Angestellte von Teranga Gold gesagt. Dabei dürfte das ziemlich klar sein: In dem Moment, wo die Mine nicht mehr rentabel ist, wird sie stillgelegt. Rechtlich ist das problemlos möglich, alle Angestellten haben befristete Verträge. Für die Region Kédougou, wie auch den Staat Senegal, wäre das aber der Super-GAU. Denn auch, wenn sich alle über die Mine beklagen: Bei einer Schließung könnte selbst der große Tagebau von Sabodala die entstehenden Konflikte und zerstörten Hoffnungen wohl nicht mehr fassen.

6.4 Ein Baggersee voller Möglichkeiten

Sabodala ist vielleicht die eindrucksvollste, aber nicht die interessanteste Mine des Senegals. Die ist nahe der Küste nördlich von Dakar und sieht eigentlich aus wie ein Baggersee. Ein sehr großer Baggersee. Inmitten einer Dünenlandschaft, etwa 100 Kilometer nördlich der Hauptstadt klappt ein etwa drei Hektar großes Loch, bis zur Grundwasserlinie gefüllt mit Wasser. An den Rändern erheben sich steile Sandwände und auf der Wasseroberfläche schwimmen zwei außerirdisch aussehende Inseln aus Stahl.

Neben mir auf der Abbruchkante steht Tony, ein australischer Bergbauingenieur im gehobenen Alter, wie ich mit Warnweste, Helm und Sicherheitsschuhen ausgestattet. „Der See“, erklärt er, „ist sieben Meter tief, damit die beiden Module nicht auf Grund laufen. Das Vordere ist eigentlich nur eine große Wasserspritze und ein Staubsauger, der den Sand unterhalb der Wasserlinie aufsaugt. Das Gemisch wird dann zur zweiten Insel transportiert und dort ein erstes Mal gereinigt. Durch Zentrifugalkraft trennen wir dann die mineralhaltigen Sande vom Rest.“

In dem Grand Côte genannten Projekt geht es nämlich nicht um Gold, Edelsteine, Kupfer oder Eisen. Nein, hier wurden etwa 700 Millionen Dollar buchstäblich in den Sand gesetzt, um an unscheinbare schwarze Schlieren in den Dünen zu kommen, ein Cocktail aus mehreren Mineralien. Die wichtigsten beiden sind Zirkon und Ilmenit. Beides sind im Vergleich zu Gold eher langweilige Mineralien, die nicht durch ihr Aussehen, sondern ihre industrielle Nutzbarkeit bestechen. Während Zirkon zur Herstellung von Keramik eingesetzt wird, ist Ilmenit das wichtigste Titanium-Erz, mit vielen Anwendungen von der Farbherstellung bis zur Luft- und Raumfahrt.

Eigentlich sei das Projekt mehr ein Industrieunternehmen als ein Bergbaubetrieb, davon ist Bruno Delanoue, der Direktor des australischen Unternehmens, das Grand Côte betreibt, überzeugt. Zusammen sind wir um 6:45 Uhr früh in Dakar aufgebrochen, um die Mine zu besuchen. Auf der Fahrt erzählt mir Bruno aus seinem recht bewegten Leben. Seit etwa zwei Jahrzehnten arbeitet er im afrikanischen Bergbausektor, vor allem Goldminen hat er in so illustren Ländern wie Mali, Kongo Brazzaville und der Demokratischen Republik Kongo betreut. Anders als in der Goldproduktion sei die Gewinnung von Mineralsanden aber ein rein physikalischer Prozess. Giftige Chemikalien, wie das auch in der Goldmine in Sabodala eingesetzte Zyanid, brauche man in Grand Côte nicht.

Tatsächlich sehe ich in dem Fabrikkomplex, in dem die Sande raffiniert werden, jede Menge Magnete, Rütteltische und Spiralen, die wie geschrumpfte Wasserrutschen in Vergnügungsparks aussehen. In jedem Schritt werden hier Korngrößen sortiert und die einzelnen Mineralien entsprechend

ihrer spezifischen Masse isoliert. Am Ende landet das Material in zwei Tonnen schweren Säcken, wird auf Güterzüge verladen und von Dakar aus nach Europa und die USA zur weiteren Verarbeitung verschifft.

Im Betrieb ist das Unternehmen dabei praktisch komplett autark. Benötigt werden vor allem Wasser und Strom, beides wird vor Ort aus eigenen Bohrlöchern und einem eigenen Kraftwerk erzeugt. „Geeignetes Personal gab es hier im Senegal überhaupt keines“, erklärt mir der Leiter der Personalabteilung. Darum bilde man jeden Mitarbeiter von der Pike auf selber aus.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist das vermutlich auch der größte positive Effekt des Projektes für den Senegal. Die für Grand Côte geschaffene Infrastruktur, das Kraftwerk, die Bohrlöcher, die Eisenbahnlinie, sind für die Bevölkerung nicht zugänglich, auch wenn es Pläne gibt, dass den umliegenden Bauern Wasser zur Verfügung gestellt werden soll und man überschüssigen Strom an die nationale Energiebehörde liefern will. Einzig die Zufahrtsstraßen bieten echte Vorteile für die örtliche Bevölkerung, da diese frei mitbenutzt werden können.

Aber praktisch jeder, mit dem ich mich innerhalb und außerhalb der Firma unterhalte, ist begeistert von dem Ausbildungsprogramm. Von etwa 900 Mitarbeitern im Senegal haben derzeit 92 Prozent die senegalesische Staatsbürgerschaft und ihr Anteil soll in den nächsten Jahren noch mal um mindestens 3 Prozent gesteigert werden. Grand Côte bildet, in Kooperation mit einer staatlichen Behörde, erheblich mehr Leute aus als für den eigenen Betrieb benötigt werden und das Projekt sorgt damit für die dringend benötigte fachliche Qualifikation junger Menschen. Das geschieht nach den Aussagen von verschiedenen Interviewpartnern in erheblich größerem Maßstab als in allen anderen Bergbauprojekten im Senegal.

Insgesamt ist mein Eindruck von dem Projekt positiv und viel besser als das, was ich von den restlichen Bergbauaktivitäten im Land gesehen habe. Auch hier gibt es natürlich Probleme: Menschen müssen umgesiedelt werden, Natur wird zerstört. Und zwar nicht zu knapp. Zwar ist die Dünenlandschaft nur dünn besiedelt, aber über die nächsten 20 Jahre wird sich der Sandstaubsauger durch einen bis zu zwei Kilometer breiten und 80 Kilometer langen Streifen entlang der Küste fressen. Insgesamt scheint die Firma aber daran interessiert - und bisher auch recht erfolgreich - die lokalen negativen Konsequenzen auf akzeptablem Niveau zu halten.

Trotzdem stellt Grand Côte keinesfalls die Zukunft der senegalesischen Wirtschaft dar. Laut Bruno wird der Staat zwar hervorragend an dem Projekt verdienen. Andere Experten streuen aber ein wenig Salz in diese Suppe. Zu Investor freundlich sei die Minengesetzgebung und zu ineffizient und falsch priorisiert die Verwaltung, als dass mit dem Geld ein großer wirtschaftlicher Umschwung angestoßen werden könnte. Und Pläne, die in Grand Côte ge-

wonnen Rohstoffe in eine größere inländische Wertschöpfungskette einzu-
binden, gibt es auch keine.

Grand Côte ist kein „Gamechanger“. Aber es ist ein hervorragendes Bei-
spiel dafür, dass es vielversprechende Projekte auch im Bergbau gibt. Die
müssen aber immer intelligent in einen gesamtwirtschaftlichen Kontext ein-
gebunden werden, um ihr maximales Potenzial ausschöpfen zu können.

7. Der schwere Weg zum Traktor

Die Landwirtschaft und besonders der Anbau und Export von Erdnüssen,
das war einmal das Herz der senegalesischen Wirtschaft. Für die ehemalige
Kolonialmacht war der Senegal neben seiner symbolischen Bedeutung für
den politischen Einfluss der „Grande Nation“ vor allem wegen seinem land-
wirtschaftlichen Produktionspotenzial interessant.

Die Kolonialherren ordneten der landwirtschaftlichen Produktivität alles
unter: Im gesamten westafrikanischen Raum wurden hunderttausende Men-
schen unter Zwang umgesiedelt, damit in den fruchtbaren Anbaugeländen
mehr Arbeitskräfte für die Erzeugung von Baumwolle und Erdnüssen zur
Verfügung standen. Im Senegal förderte die französische Verwaltung mas-
siv den Import und Konsum von Reis, damit weniger Bauern sich auf den
Anbau des bisherigen Grundnahrungsmittels Hirse konzentrieren mussten.

Es ging in dieser Phase der afrikanischen Geschichte allerdings nicht um
die Förderung lokaler Märkte, vielmehr waren die erzeugten Feldfrüchte für
den gewinnbringenden Export bestimmt. Dem wurde auch die Transportin-
frastruktur unterworfen: Zwar hinterließen die Kolonialherren auch im Se-
negal geteerte Straßen und Bahntrassen, doch diese verliefen beinahe aus-
schließlich aus dem Hinterland in Richtung Dakar.

Den postkolonialen Regierungen des Senegals ist es bisher nicht gelun-
gen, diese historischen Verwerfungen zu korrigieren. Versucht wurde vieles:
War der erste Präsident Léopold Sédar Senghor noch eher sozialistisch ge-
prägt und favorisierte eine starke Kontrolle des Staates über die Landwirt-
schaft, unterwarf sich auch der Senegal im Rahmen der Strukturanpassungs-
maßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfond in den 80er
und 90er Jahren einem markliberalen Regime.

Der Senegal ist immer noch der weltweit größte Exporteur von Erd-
nussöl, die Branche ist aber schon seit Jahren in einer tiefen Krise. Ein
großer Teil der Bauern im Senegal betreibt Subsistenzlandwirtschaft, lebt
also von dem, was die eigenen Felder hergeben und produziert nur wenig
Überschuss. Die Felder werden immer noch per Hand bestellt und der Ein-
satz von Dünger ist außerhalb staatlich geförderter Programme selten. Es

ist darum kein Wunder das der Senegal trotz seines erheblichen landwirtschaftlichen Potenzials den größten Teil der konsumierten Nahrungsmittel importiert.

7.1 Ibrahima Hathie

Auf Ibrahima Hathie bin ich im 28. Jahrbuch der Heinz-Kühn-Stiftung gestoßen. Der Heinz-Kühn-Stipendiat Christian Lesske beschreibt darin, wie er Hathie auf dem Weg nach Guinea-Conakry in Dakar trifft. Wie schon damals arbeitet Hathie auch heute noch als Forschungsleiter für IPAR, einem senegalesischen Think Tank für Agrarpolitik in Westafrika.

Christians Eindrücke seiner Begegnung mit Hathie decken sich so perfekt mit meinen eigenen, dass es sich lohnt, seine Worte an dieser Stelle zu zitieren: „Die Büroräume liegen etwas abseits der Route de l’Aeroporte, der zwischen Atlantik und Stadt umherführenden Hauptstraße, und schon die paar Meter über die durch das Viertel führenden, sandigen Wege treiben einem den Schweiß auf die Stirn. [...]

Auf den Gängen und im Pausen-/Konferenzraum herrscht eine angenehme, entspannt-professionelle Atmosphäre, und man begegnet vorrangig jungen, nett grüßenden Leuten. Mein Interviewpartner dagegen strahlt schon allein durch sein Auftreten die Erfahrung aus, die man wohl braucht, wenn man im Senegal und seinen Nachbarländern politische Prozesse und Entwicklungen mitbestimmen möchte. Seine ruhige, doch bestimmte Art zeugt von Würde, Besonnenheit und einem starken Willen.“

Unaufgeregt und sachlich erklärt mir Hathie seine Sicht auf die Lage der senegalesischen Landwirtschaft. Anders als viele Politiker und Interessensvertreter malt er selten den Teufel an die Wand, aber er findet dennoch klare Worte für die Probleme des Sektors.

„Das Problem“, so Hathie, „ist, dass die Landwirtschaft nur eine geringe Produktivität hat.“ Etwa 75 Prozent der Bevölkerung arbeiten in dem Sektor, doch er steuert weniger als 20 Prozent zu der Wirtschaftsleistung des Landes bei.

Wenn man also die Armut der senegalesischen Bevölkerung bekämpfen und die Wirtschaft des Senegals wachsen lassen wolle, dann kommt man nicht an einer Reform der Landwirtschaft vorbei, davon ist Hathie überzeugt.

Auch die Regierung scheint grundsätzlich dieser Ansicht zu sein. „In den letzten Jahren hat der senegalesische Staat entschieden, die Landwirtschaft wieder im Herzen seiner Beschäftigung zu platzieren“, so Hathie. „Die Landwirtschaft ist zu einer nationalen Priorität geworden, vor allem mit dem Plan Sénégal Emergent.“

Den Anstoß, sich wieder verstärkt mit dem heimischen Anbau von Nahrungsmitteln zu beschäftigen, hätte die Nahrungsmittelkrise im Jahr 2008 geliefert. Preise für Grundnahrungsmittel waren damals durch eine Kombination von Faktoren, darunter Ernteauffälle und Preisspekulation, extrem gestiegen. Die Krise traf vor allem Länder wie den Senegal, die große Teile ihres Bedarfs und Nahrungsmittel wie Reis importieren.

In manchen afrikanischen Ländern geriet der Staatshaushalt außer Kontrolle, weil die Regierung auf einmal erheblich höhere Summen für Nahrungsmittelsubventionen ausgeben musste als geplant. Preiserhöhungen folgten und führten vielerorts zu Protesten.

Als Präsident Macky Sall 2012 an die Macht kam, entwickelte seine Regierung darum einen ehrgeizigen Plan: Als Teil des Plan Sénégal Emergent soll das Land bis 2017 zum Selbstversorger bei der Produktion von Reis, dem örtlichen Hauptnahrungsmittel, werden.

„Das ist eine gute Richtung“, freut sich Hathie. „Aber wenn sie mich fragen, auch vollkommen unrealistisch.“

Aktuell ist der Senegal der zweitgrößte Importeur von Reis in Subsahara Afrika und steht auf Rang zehn weltweit. Etwa 80 Prozent des lokalen Konsums wird mit Importreis bestritten. Importiert wird vor allem Bruchreis, der in den Supermärkten der Industrieländer keine Abnehmer findet. Ironischerweise ist der importierte Bruchreis sogar 10 bis 20 Prozent teurer als der lokal produzierte Reis mit höherer Qualität.

Dass im Senegal trotz dieser vorteilhaften lokalen Produktionsbedingungen nicht mehr Reis produziert wird geht auf historische Ursachen zurück. Vor der Kolonialisierung war nicht Reis, sondern Hirse das vorherrschende Grundnahrungsmittel und dominierte die vorhandenen Anbauflächen. Die französische Kolonialverwaltung wollte jedoch den Erdnussanbau stärken, denn dieser war im Gegensatz zur Hirseproduktion interessant für den Export.

Die Lösung, aus französischer Sicht, war der massenhafte Import von Reis, der dann zu niedrigsten Preisen auf den senegalesischen Markt geschmissen wurde. So konnten trotz starken Bevölkerungswachstums viele Hirsebauern ihre Felder für die Produktion von Erdnüssen freigeben.

In der Konsequenz sank die lokale Produktion von Grundnahrungsmitteln rapide und die senegalesische Bevölkerung gewöhnte sich zunehmend an den Konsum von Reis. Eine lokale Reisproduktion im nennenswerten Umfang konnte allerdings nicht entstehen. Das hängt sowohl mit den niedrigen und staatlich kontrollierten Preisen zusammen, als auch der fehlenden Infrastruktur für den Transport und die Vermarktung. 30 Prozent der lokalen Reisproduktion wird direkt von den Bauern konsumiert und erreicht nie den lokalen Markt.

Diese jahrzehntelange bewusste Vernachlässigung der lokalen Produktion lasse sich nicht einfach in drei Jahren rückgängig machen, so Hathie. Weder die für eine Selbstversorgung mit Reis nötige Anbaufläche, noch die Bewässerungssysteme, die Saatgutproduktion oder die Vermarktungsstrukturen ließen sich in dieser kurzen Zeit aufbauen. Noch nicht einmal die rechtlichen Rahmenbedingungen oder die Kapazität der verantwortlichen staatlichen Behörden, Normen und Kontrollen im Reisanbau durchzusetzen, seien gegeben.

„Außerdem glaube ich nicht, dass es gut ist, sich ausschließlich auf Reis zu konzentrieren“, warnt Hathie. „Reis ist wichtig, aber man sollte sich auch den Maisanbau und andere Getreide anschauen.“

Die Fokussierung auf den Reisanbau könne langfristig schwerwiegende Konsequenzen haben, denn eine auf ein einzelnes Anbauprodukt ausgerichtete Landwirtschaft sei externen Schocks hilflos ausgeliefert. Das, so Hathie, würde zum einen Entwicklungen der Weltwirtschaft einschließen, aber in der Strategie der Regierung finde sich auch „nichts über den Klimawandel. Wir wissen nicht, wie das den Reisanbau im Senegal beeinflussen wird.“

Überhaupt sei das Problem der senegalesischen Landwirtschaft nie das Fehlen großer Pläne gewesen. Der Plan *Sénégal Emergent* mit seiner landwirtschaftlichen Komponente ist nur der letzte Abschnitt einer ganzen Reihe an Strategien, Programmen und Plänen zur Reform des Sektors. Die vielen schönen Worte, in internationalen Konferenzen und Regierungssitzungen auf offizielles Briefpapier gebracht, hätten aber selten zu konkreten und konsequenten politischen Maßnahmen geführt, so Hathie.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der Gemüseanbau. In weiten Teilen des Landes herrschen hierfür gute Bedingungen, insbesondere ist genug Grundwasser vorhanden, um die durstigen Pflanzen zu versorgen. Zwar gibt es für Tomaten, Salat und Bohnen nur eine geringe Nachfrage im Land selber, aber dafür einen exzellenten Exportmarkt vor der Haustür: Die Europäische Union.

Unternehmen, die versuchen würden daraus Profit zu schlagen, gibt es allerdings nur wenige. Und die wenigen, die sich in dem Sektor tummeln, sind samt und sonders in der Hand ausländischer Investoren.

Trotz des enormen Potenzials habe der Staat bisher keine konkreten Schritte unternommen, um einheimische Gemüsebauern und Investoren zu fördern, so Hathie. Ausländer würden, ähnlich wie im Bergbau, auch in der Landwirtschaft von extrem großzügigen Investitionsgesetzen profitieren. Doch auch wenn die großflächigen Felder der libanesischen, spanischen und französischen Investoren lokalen Erntehelfern und Agrarökonomen einige Arbeitsplätze bieten würden, so wandert der Profit doch wieder aus dem Land ab.

Hathie bemängelt insbesondere, dass ausländische Investoren keinerlei Interesse hätten, im Senegal landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten auf-

zubauen. Bohnen und Zwiebeln werden geerntet und im rohen Zustand exportiert, Tomaten im besten Fall noch zu Tomatenmark verarbeitet. Von der Regierung, mit deren Unterstützung einheimische Bauern ihre Produktion verbessern und einheimische Investoren daraus hochwertige Nahrungsmittel für den Export produzieren könnten, kommen keine Impulse.

Noch dramatischer sei die Situation im Erdnussanbau, dem „Herzen der senegalesischen Landwirtschaft.“ Seit 21 Jahren sei der Sektor in der Krise, beklagt Hathie. Diverse Initiativen der Regierung seien gescheitert, obwohl der Anbau von Erdnüssen inzwischen auch weitreichende kulturelle Bedeutung habe, von der Wichtigkeit für das Einkommen hunderttausender Bauern ganz zu schweigen.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass Ibrahima Hathie nicht übertreibt. 2012 exportierte der Senegal noch 13.000 Tonnen Erdnuss-Rohöl, das Hauptprodukt der Erdnussproduktion im Senegal. Die jährliche Produktion schwankt stark, doch der Trend ist klar: Im Jahr 2000 waren es noch 116.000 Tonnen, 1982 193.000 Tonnen und 1975 wurden sogar 286.000 Tonnen exportiert.

Dabei sei hier weder die mangelhafte Infrastruktur oder zu geringe Produktivität das Problem, so Hathie, auch wenn beides eine Rolle spiele. Vielmehr gehe es um Macht: „Es ist der politischste Bereich der senegalesischen Landwirtschaft.“

Viele Politiker haben enge wirtschaftliche Verflechtungen mit dem Sektor. Intransparenz, Korruption und Misswirtschaft sind an der Tagesordnung. Und im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen spielen im Erdnussanbau die mächtigen muslimischen Bruderschaften eine wichtige Rolle.

Der überwiegende Teil aller Senegalesen ist in einer der Religionsgemeinschaften Mitglied. Die mächtigste und auch im Erdnussanbau einflussreichste, die Bruderschaft der Mouriden, zählt etwa den ehemaligen Präsidenten Wade in ihren Reihen. An den Bruderschaften oder ihren Führern, den Marabouts, öffentlich Kritik zu äußern, kann schwere Konsequenzen haben. So wurde einem Abgeordneten der Nationalversammlung vor einigen Monaten von wütenden Anhängern des Marabouts von Touba die Geschäftsräume seiner Bäckerei abgebrannt. Der Abgeordnete hatte sich angeblich abfällig über den Religionsführer geäußert. Die Brandstifter wurden später ohne Anklage freigelassen und der Abgeordnete entschuldigte sich öffentlich bei dem Marabout.

Andererseits sind die Bruderschaften auch der Garant der politischen und sozialen Stabilität des Landes. Seit der Unabhängigkeit wirken sie als ausgleichende Vermittler in Senegals sozialen Konflikten. Dass hier, im Gegensatz zu anderen Ländern der Region, radikale und gewaltbereite Interpretationen des Islams bisher keinen Fuß fassen konnten, wird im Wesentlichen dem mäßigen Einfluss der religiösen Orden zugeschrieben.

Wirtschaftlich, und besonders im Erdnussanbau und der Ölproduktion würden sie ihre Interessen aber auch gegen das höhere Interesse der senegalesischen Gesellschaft durchsetzen. Und auch andere Interessengruppen, etwa die Vertreter von Zwischenhändlern, Ölproduzenten oder Bauern würden dazu beitragen, den Sektor zu einem schwer reformierbaren Komplex zu machen.

Der Staat könnte sich hier kaum durchsetzen. Praktisch unmöglich werde eine Reform, davon ist Hathie überzeugt, im Umfeld von Wahlen. Der Senegal hat eine funktionierende Demokratie, deren Vertreter allerdings auf die Unterstützung bestimmter einflussreicher Gruppen angewiesen sind, um wiedergewählt zu werden. „Vor der nächsten Ernte wären Reformen noch möglich, danach stehen die nächsten Wahlen vor der Tür.“ Dass die Regierung den politischen Willen aufbringt, dieses enge Zeitfenster zu nutzen, das sieht Hathie skeptisch.

Darüber hinaus leide die senegalesische Landwirtschaft als Ganzes auch unter einigen strukturellen Problemen. Eines davon, so Hathie, sei das mangelhafte Landmanagement. Eigentlich würde die senegalesische Verfassung den Verkauf der meisten landwirtschaftlichen Flächen verbieten. Anders als in Deutschland herrscht ein System der Erbpacht, in dem der Staat Eigentümer der bewirtschafteten Flächen bleibt.

Trotzdem würden immer wieder Flächen verkauft werden, oft an ausländische Investoren. Diese würden dann Wege finden, ihren Besitz zu legalisieren und dadurch den Staat in seiner Handlungsfreiheit einschränken.

Für Kleinbauern sei es attraktiv, ihr Land zu Geld zu machen. „Wir haben zu viele Kleinproduzenten und zu wenige große“, beklagt Hathie. „Der Staat kümmert sich nicht um das Zerbröckeln der Anbauflächen.“

Damit spielt der Agrarexperte auf das Erbrecht im Senegal an. In der Regel wird der Landbesitz eines Bauern nach seinem Tod zu gleichen Teilen auf seine Erben verteilt. Bei durchschnittlich knapp fünf Geburten pro Frau bleibt dabei für niemanden genug übrig, um aus der Landwirtschaft ein einträgliches Geschäft zu machen.

Oft führe das dazu, dass ein großer Teil der jungen Bevölkerung die ländlichen Gebiete verlasse und ihr Glück in den Städten, vor allem in Dakar suche. Der ständige Zustrom junger Menschen würde die sozialen Probleme in den urbanen Räumen des Senegals aber verschärfen, davon ist Hathie überzeugt. Währenddessen wird das Ackerland von einem zurück gebliebenen Familienmitglied bewirtschaftet, das aber wenig Anreiz hat die Produktivität der Felder zu erhöhen.

Ibrahima Hathie schwebt ein alternatives Model vor. Der Staat müsse in integrierte Wertschöpfungsketten in ländlichen Gebieten investieren, um der Landbevölkerung Perspektiven zu ermöglichen und bisher überflüssige Ar-

beitskräfte aufzufangen. Neben einer Bodenreform müssen auch Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte geschaffen werden.

„Bisher ist Dakar der einzige Absatzmarkt“, so Hathie. Entsprechend hätten nur jene landwirtschaftlichen Betriebe eine echte Zukunft, die in Reichweite der Hauptstadt liegen.

„Das ist auch der Grund, warum sich die Casamance nicht entwickelt. Man kommt schneller mit dem Flugzeug von Ziguinchor nach Frankreich als mit dem Auto nach Dakar.“ Dabei könne man relativ leicht für lokalen Aufschwung sorgen, davon ist Hathie überzeugt. Eine Autobahn zwischen Ziguinchor und Tambacounda, der größten Stadt des Ostens, würde einen komplett neuen Wirtschaftsraum schaffen. Die verbesserte Infrastruktur würde bestimmte landwirtschaftliche Produkte sofort rentabel machen, im Falle der Casamance etwa die Mangoproduktion. Bisher verrotten die gefragten Früchte hier an den Bäumen, denn die Casamance ist durch den Zwergstaat Gambia vom senegalesischen Herzland abgeschnitten.

Ansätze von Ibrahima Hathies Vorstellungen sind in den Plänen der senegalesischen Regierung durchaus vorhanden. Der Plan Sénégal Emergent beinhaltet sogenannte Wachstumspole, die ein lokales Wirtschaftswachstum fördern sollen. Sowohl die Casamance, als auch der Südosten des Landes sollen von solchen Wachstumspolen profitieren.

Insgesamt sehe ich, ähnlich wie Hathie, allerdings keine radikalen Reformen des senegalesischen Agrarsektors am Horizont. Die im Plan Sénégal Emergent angekündigten Maßnahmen sind hierfür zu zaghaft und historisch ist fragwürdig, ob sie auch vollständig und fristgerecht umgesetzt werden. Das Potenzial ist im Senegal ohne Zweifel vorhanden – für die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln ebenso wie für die Etablierung profitabler landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten. Ob dieses Potenzial auch im vollen Maße genutzt werden wird, das ist eine völlig andere Frage.

8. Es fehlt die Vision

Die sechs Wochen waren anstrengend, ich habe viele Stunden im Bus oder Taxi auf dem Weg von und zu Interviews verbracht. Doch es hat sich gelohnt. Zu allen Themen konnte ich einige sehr interessante Gespräche führen, mit Vertretern der Regierung genauso wie mit Repräsentanten der lokalen Produzenten, Nichtregierungsorganisationen und deutschen politischen Stiftungen.

Das Bild, das von diesen Experten und Betroffenen gemalt wird ist, das muss ich leider so zusammenfassen, von einer gewissen Frustration geprägt. Stellvertretend möchte ich hier eine Bergbau-Expertin der Hilfsorganisation

Oxfam zitieren, die mir erklärte, es fehle im Senegal, wie in anderen Ländern der Region „an Vision und klarer Politik,“ wie man die Rohstoffe des Landes zur wirtschaftlichen Transformation nutzen könne.

Und solch eine Transformation ist dringend notwendig. Der Senegal ist wirtschaftlich praktisch komplett von der Produktion und dem Export von Rohstoffen, seien es nun Fische, Erdnüsse oder Goldbarren, abhängig. Im besten Fall werden die Fische noch im Land selbst filetiert, darüber hinaus gehende Wertschöpfungsketten gibt es kaum.

Und so arbeitet praktisch die gesamte Bevölkerung entweder in der Landwirtschaft, wo noch mit Hacke und Ochsen die Felder bearbeitet werden, oder fährt in kleinen Pirogen aufs Meer. Diese Art des Wirtschaftens mag auf Fotos sehr pittoresk wirken, für die Betroffenen aber ist es eine gefährliche, ineffiziente und prekäre Situation.

Wie man diese Situation ändern könnte, darauf hat niemand, mit dem ich gesprochen habe, eine wirklich überzeugende Antwort. Schlimmer noch: Welche Art Wirtschaft und Gesellschaft man in zehn oder zwanzig Jahren haben möchte, auch dazu existieren kaum klare Vorstellungen.

Die senegalesische Politik, so sagt mir eine Vertreterin der Konrad-Adenauer-Stiftung, denkt in Wahlzyklen. Die politische Klasse positioniere sich spätestens seit den Kommunalwahlen in diesem Jahr schon für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die vermutlich 2017 stattfinden werden. „Die Staatsausgaben“, erklärt sie, „fließen zu 70 Prozent in die Hauptstadt Dakar.“ Für den Rest des Landes gibt es eine unüberschaubare Anzahl an Entwicklungs-, Elektrifizierungs-, Gesundheits- und Kompensationsfonds, an deren Gelder nur die Bürgermeister mit den besten Verbindungen zum Regierungsapparat kommen. Eigene Einnahmen, etwa aus lokal abgebauten Bodenschätzen, haben die Gemeinden keine. Eine nachhaltige lokale Wirtschaftsförderung ist so kaum möglich.

Ohne Zweifel gibt es auch positive Ansätze. Einzelne Projekte, wie etwa der Abbau von Mineralsanden bei Grand Côte, könnten viel zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen. Und es gibt jede Menge Senegalesen, von einfachen Subsistenzbauern bis hin zu Regierungsfunktionären und Akademikern, die längst erkannt haben, dass der gegenwärtige Status quo das Land nicht weiter bringt.

Was fehlt ist ein gesellschaftlicher Konsens, quer durch alle Schichten, für eine mutige und umfassende Reform der Ausbeutung natürlicher Ressourcen im Senegal. Es wäre an der Regierung, diesen Konsens herbeizuführen. Die politische Klasse des Landes ist allerdings, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu sehr mit Machtspielen beschäftigt, um sich so einer komplexen und konfliktgeladenen Aufgabe zu widmen. Die vorhandenen Programme wie der Plan Sénégal Emergent sind durchaus positiv, aber schlicht

nicht mutig genug, um wirklich in kurzer Zeit eine radikale Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung zu erzeugen.

Einen ganz konkreten Kritikpunkt möchte ich zum Ende dieses Berichts noch äußern. Es ist auffällig, wie sehr die senegalesische Regierung auf ausländische Investoren setzt, um Kapital in die Fischerei, die Landwirtschaft und den Bergbau zu bringen. Die Bedingungen für internationale Geldgeber sind überaus vorteilhaft und kosten den Staat viel Geld. Die Regierung verzichtet gerne auf Steuereinnahmen, wenn sie dafür auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hoffen kann.

Doch diese Art von Investitionen hat für den Großteil der Bevölkerung nur dann positive Auswirkungen, wenn sie ganz bewusst in ein übergeordnetes Konzept zur Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten eingebunden werden. So müsste die Regierung etwa die Einnahmen aus der Goldmine in Sabodala dazu nutzen, den Kleinbergbau in der Region zu regulieren, besser zu kontrollieren und ihn aus seiner rechtlichen Grauzone zu holen. Grand Côte bietet jungen Senegalesen Ausbildungsplätze. Diese werden aber wenig bringen, wenn sich keine kleinen und mittleren Unternehmen etablieren, die die ausgebildeten Facharbeiter aufnehmen können. Und der Verkauf von Fischereilizenzen, ob an ausländische Fangflotten oder einheimische Kleinfischer, mag Geld in die Staatskasse spülen. Wenn dieses Geld aber fast ausschließlich in die Hauptstadt Dakar investiert wird und nicht in eine Reform des Fischereisektors, dann wird es in zehn Jahren kaum noch Fische zu fangen geben.

Dementsprechend kann man den Entscheidungsträgern in der Ressourcenpolitik des Senegals vor allem eines wünschen: Mehr Mut zu einer eigenen Vision davon, was natürliche Ressourcen für das Land leisten können.